63. Österreichischer Städtetag

5. - 7. Juni 2013

Wels

Arbeitskreis II

Steuerung und Finanzierung lokaler und regionaler Aufgaben der Städte und Gemeinden

Österreichischer Städtebund

Steuerung und Finanzierung lokaler und regionaler Aufgaben der Städte und Gemeinden

Moderation:

Mag.ª Eva Linsinger
Profil

Vorsitz:

Bgm.in LAbg. DIin Elisabeth Blanik
Lienz

Vorträge:

Studie zu kommunalen Leistungen in Stadtregionen
Dr.in Karoline Mitterer
KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung _____ Seite **5**

Strukturreform und Finanzierung der Finnischen Gemeinden und Regionen
Direktor Henrik Rainio
Finnischer Städte- und Gemeindebund _____ Seite **15**

Interkommunale Raumentwicklung
Dipl.-Ing. Andreas Mandlbauer
Direktion für Landesplanung, Land Oberösterreich _____ Seite **25**

Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen
Bgm.in LAbg. DIin Elisabeth Blanik
Lienz _____ Seite **33**

Studie zu kommunalen Leistungen in Stadtregionen

Dr.in Karoline Mitterer

KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

www.kdz.or.at

Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen

Städtetag 6. Juni 2013

Dr. Karoline Mitterer

Studie zu kommunalen Leistungen in Stadtregionen

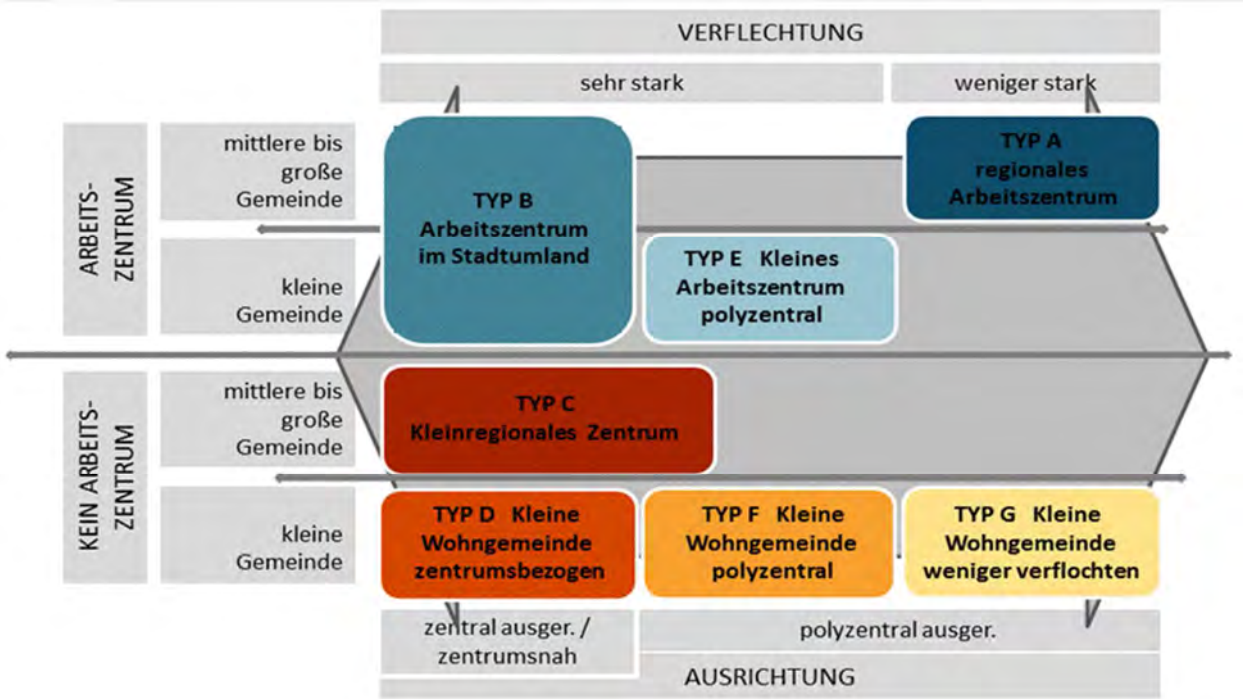
Inhalte:

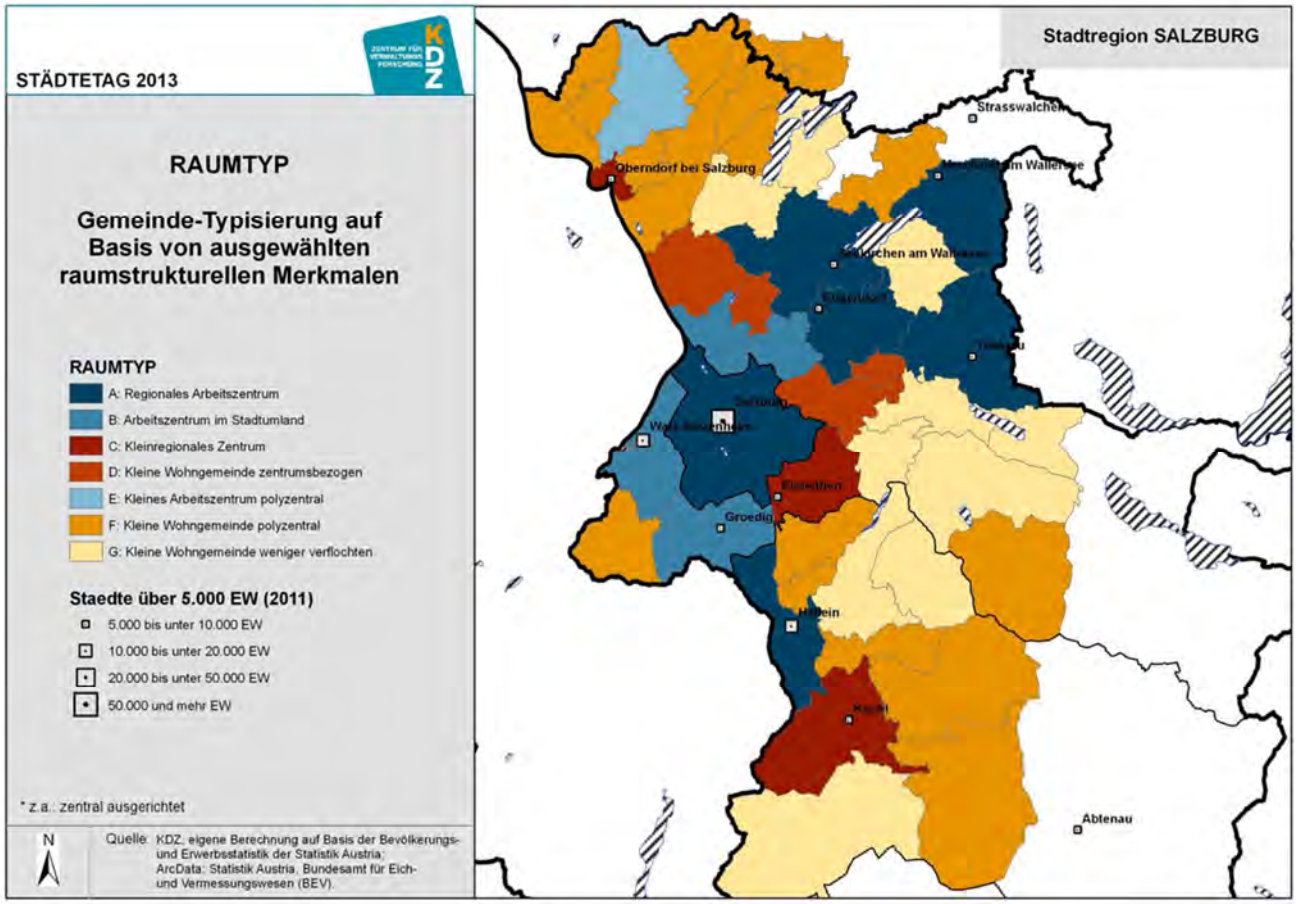
- **kritisches Betrachten des derzeitigen Systems in Stadtregionen**
  - Aktuelle Problembereiche
  - Analyse anhand dreier ausgewählter Stadtregionen
- **Erstellen von Vorschlägen zur zukünftigen Ausgestaltung der Steuerung, Leistungserbringung und Finanzierung**

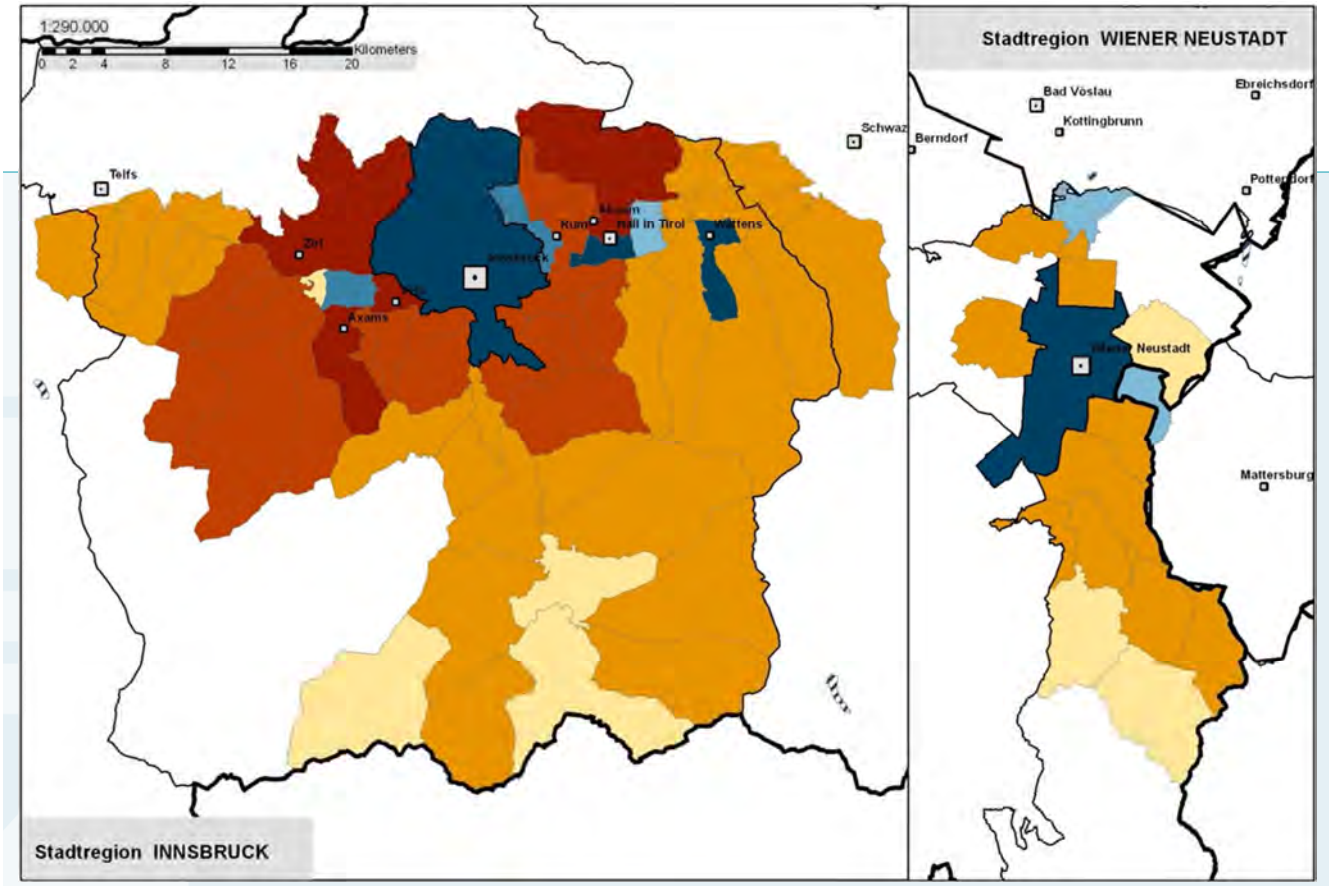
Ausgangslage

- Gemeinden einer Stadtregion erbringen unterschiedliche Leistungen
- Vielfältige Verflechtungen zwischen den Gemeinden
- Funktion im Raum beeinflusst Aufgabennotwendigkeit
- Unübersichtlichkeit bei Gemeindekooperationen
- Keine bundesweit einheitlichen Definitionen zur Funktion im Raum (Raumtypen)

Raumtypen




STÄDTETAG 2013
RAUMTYP
Gemeinde-Typisierung auf Basis von ausgewählten raumstrukturellen Merkmalen
RAUMTYP
A: Regionales Arbeitszentrum
B: Arbeitszentrum im Stadtumland
C: Kleinregionales Zentrum
D: Kleine Wohngemeinde zentrumsbezogen
E: Kleines Arbeitszentrum polyzentral
F: Kleine Wohngemeinde polyzentral
G: Kleine Wohngemeinde weniger verflochten
Staedte über 5.000 EW (2011)
5.000 bis unter 10.000 EW
10.000 bis unter 20.000 EW
20.000 bis unter 50.000 EW
50.000 und mehr EW
* z.a.: zentral ausgerichtet
N
Quelle: KDZ, eigene Berechnung auf Basis der Bevölkerungs- und Erwerbsstatistik der Statistik Austria; ArcData: Statistik Austria, Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV).
Stadtregion SALZBURG
Strasswalchen
Oberndorf bei Salzburg
Hallein
Abtenau


1:290.000
0 2 4 8 12 16 20 Kilometers
Telfs
Zirl
Axams
Stadtregion INNSBRUCK
Stadtregion WIENER NEUSTADT
Bad Vöslau
Kottingbrunn
Berndorf
Neustadt
Mattersburg

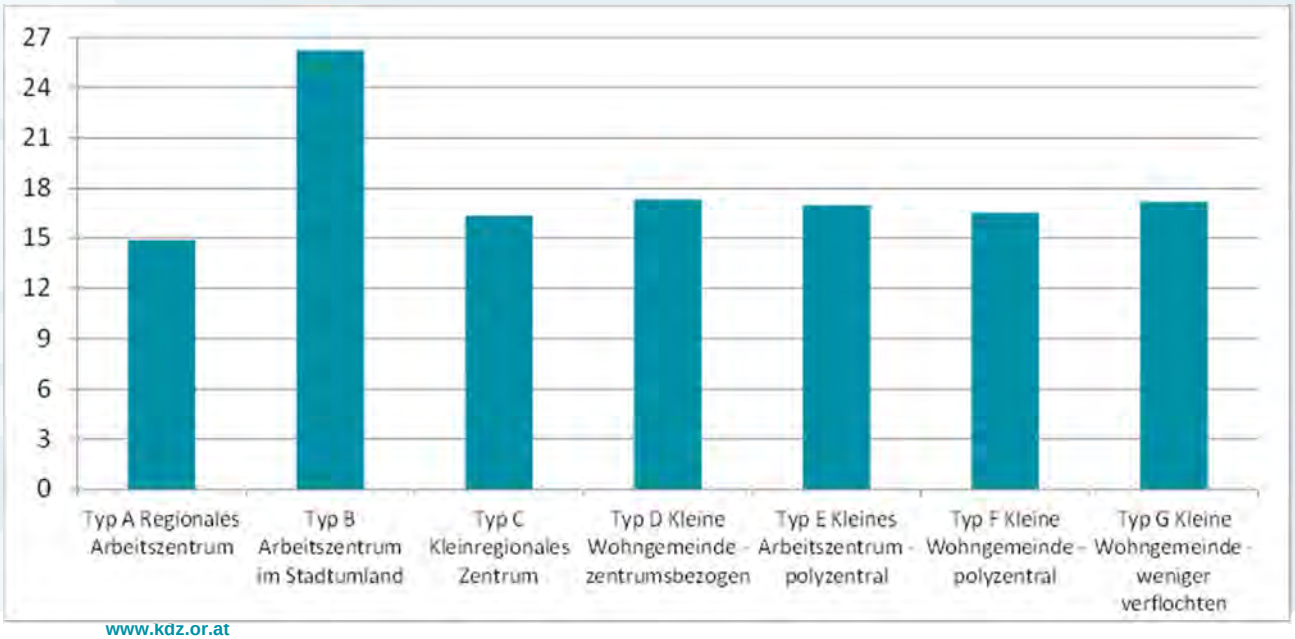
Analyse nach Raumtypen - Ergebnisse finanzielle Situation

- **Raumtyp A: höchste Pro-Kopf-Ausgaben aufgrund zentralörtlicher Funktion**
- **Große Arbeitszentren: überdurchschnittliche Ausstattung mit eigenen Abgaben**
- **Raumtyp B: beste finanzielle Leistungsfähigkeit**
- **Hohe Verschuldung bei Raumtyp A, F und G**

Neben der Größenklasse einer Gemeinde sind auch andere Faktoren für die finanzielle Situation ausschlaggebend!
→ insbesondere die Funktion als Arbeitszentrum oder als Dienstleistungszentrum

Analyse nach Raumtypen - Ergebnisse finanzielle Situation

Öffentliche Sparquote, Durchschnitt 2007-2011



Quelle: Statistik Austria: Gemeindegebarung 2007 bis 2011; KDZ: eigene Berechnungen 2013.

Analyse nach Raumtypen - Ergebnisse

- Unterschiedliche Rahmenbedingungen bedingen verschiedene Funktionen im Raum
- Auswirkungen der Funktion auf das Leistungsangebot und die finanzielle Situation
- Fehlender Überblick über vorhandene Leistungsangebote
- Stadt-Umland-Gemeinden sind differenziert zu betrachten

(Stadt)regionale Kooperationsmodelle

Vier Modellvorschläge

zur Kooperation und Steuerung in Stadtregionen

- Stadtregionales Management
- Regionale Planungs- und Entwicklungsgemeinschaft
- Mehrzweck-Regionsverband
- Gebietsgemeinde

(Stadt)regionale Kooperationsmodelle

Merkmal	Grundlegende Funktion	Wirkungsbereiche/ Schwerpunkte
Modell 1 - Stadtregionales Management	strategisches, verbindliches Netzwerk	z.B. Marketing, regionale Entwicklungsstrategien
Modell 2 - Regionale Planungs- und Ent-wicklungsgemeinschaft	Koordination und Abstimmung der regionalen Entwicklung	bedarfsbezogene Themen, Abstimmung Entwicklungsplanung
Modell 3 - Mehrzweck-Regionsverband	Gemeinschaftliche Planung, Steuerung und Leistungserbringung	Stadtregion: z.B. Wirtschaftsförderung, ÖPNV; Kleinregion: kostenintensive Infrastrukturen
Modell 4 - Gebietsgemeinde	neue Verwaltungseinheit, Übernahme überörtlicher kommunaler Aufgaben	alle überörtlichen Aufgaben (Aufgabenteilung zwischen Gebiets- und Ortsgemeinde)

(Stadt)regionale Kooperationsmodelle

Merkmal	Partnerinnen und Partner	Finanzierung
Modell 1 - Stadtregionales Management	AkteurInnen aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft	keine zusätzlichen Mittel notwendig
Modell 2 - Regionale Planungs- und Ent-wicklungsgemeinschaft	primär Kommunal- und Landesebene, Einbindung Privater möglich	Startfinanzierung durch Finanzausgleich oder Landesförderungen
Modell 3 - Mehrzweck-Regionsverband	Kommunalebene	Startfinanzierung; Bildung von Regionalfonds oder Einbezug in Förderkriterien
Modell 4 - Gebietsgemeinde	Kommunalebene	Startfinanzierung; Berücksichtigung im FAG

(Stadt)regionale Kooperationsmodelle

Eigenschaft	Verbindlichkeit/ Beständigkeit	Flexibilität/ Offenheit	Entscheidungsstrukturen, Kompetenzen, Steuerungseinfluss
Modell 1 - Stadtregionales Management	gering bis mittel	hoch bis sehr hoch	sehr hoher Koordinations- und Abstimmungsaufwand
Modell 2 - Regionale Planungs- und Ent-wicklungsgemeinschaft	mittel bis hoch	mittel	je nach Form und Aufgaben
Modell 3 - Mehrzweck-Regionsverband	hoch	niedrig	tendenziell schwerfällig, Abgabe von Kompetenzen in einzelnen Bereichen
Modell 4 - Gebietsgemeinde	sehr hoch, langfristig festgelegt	niedrig	einfache Entscheidungs-strukturen, Steuerungsverlust der Ortsgemeinden, Stärkung der kommunalen Ebene insgesamt

Problembereiche Finanzierung

- **Finanzielle Ungleichgewichte innerhalb einer Stadtregion**
  - Derzeit hoher Ressourcenausgleich, kaum Berücksichtigung eines Lastenausgleichs
  - Kaum Berücksichtigung der Effizienz der Leistungserbringung
  - Fehlende fiskalische Äquivalenz
  - Auseinanderfallen von Steuerungs- und Finanzierungsprozess
- **Nichtberücksichtigen der Steuerungsebene Stadtregion**

Minderung bestehender finanzieller Ungleichgewichte

- **Verteilungswirkungen im Finanzausgleich hinterfragen und neu definieren**
- **Lastenausgleich stärken**
  - z.B. Aufgabenorientierter Finanzausgleich
- **Ressourcenausgleich reduzieren**
  - z.B. Reduzierung oder Entfall der Umlagen
- **Berücksichtigen von Effizienzaspekten**
  - z.B. Förderung interkommunaler Projekte
- **Berücksichtigen von überörtlichen Aufgaben**
  - z.B. Schaffen von Klein- und/oder Stadtregionsfonds

Schlussfolgerungen

- **Stadtregionen sind zentrales Element**
- **Ausgleich hinsichtlich Lasten und Finanzierung**
- **Österreichweite Strategie für Stadtregionen**
- **Einheitliche Abgrenzung Stadtregionen**
- **Entwicklung einheitlicher Kooperations- und Steuerungsmodelle**
- **Rahmenbedingungen für die Bildung von Stadtregionen**

Strukturreform und Finanzierung der Finnischen Gemeinden und Regionen

Direktor Henrik Rainio

Finnischer Städte- und Gemeindebund

Kuntaliitto
Kommunförbundet

Strukturreform und Finanzierung der Finnischen Gemeinden und Regionen

Finnischer Städte- und Gemeindebund, Brüssel-Büro
Henrik Rainio, Direktor

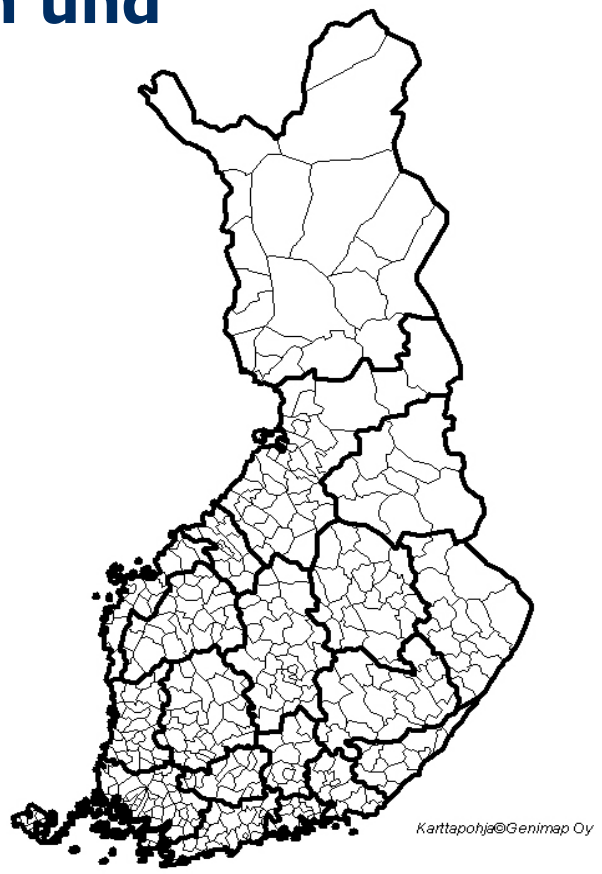
Finnische Regionen und Gemeinden

18 Regionen sowie Åland

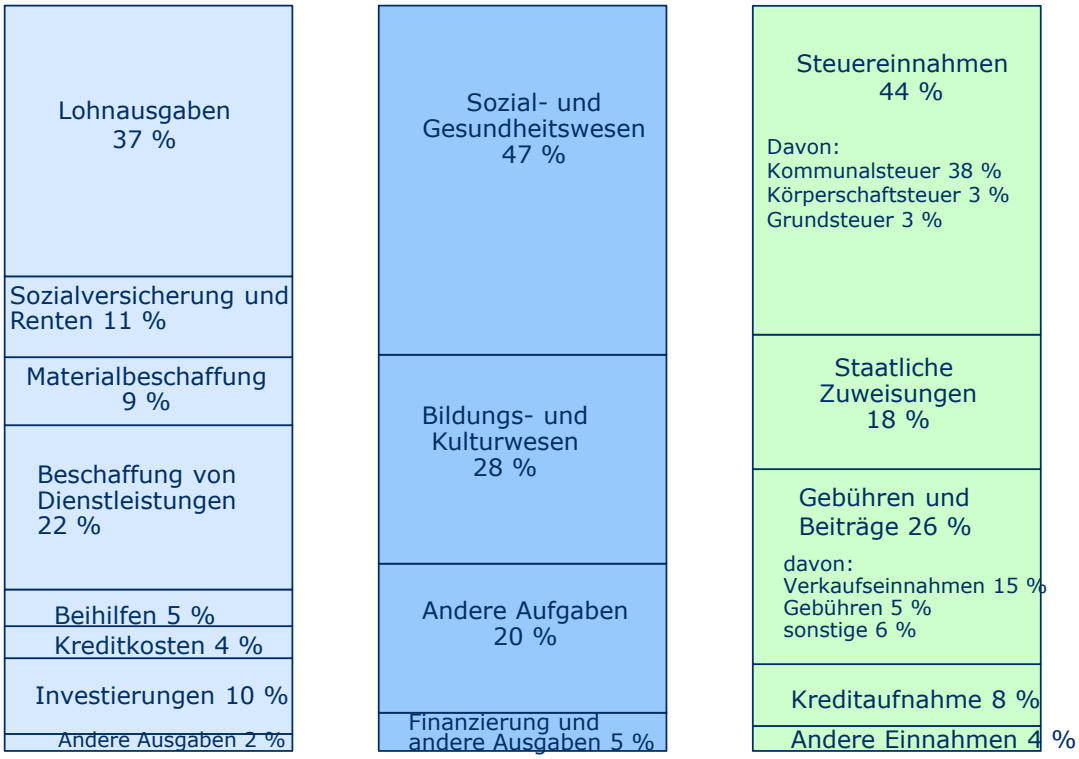
- Zusammenschlüsse von Mitgliedgemeinden, durch denen die Regionen auch finanziert werden
- Die Regionen haben zwei gesetzliche Hauptaufgaben:
  1) Regionale Entwicklung
  2) Raumordnung der Region
- Das gesamte Personal der Regionen ist ca. 650 Angestellte und das Budget ca. € 50 Millionen

320 Gemeinden

- Die Gemeinden erbringen für ihre Bürger Basisdienstleistungen.
- Die Gemeinden haben 535 gesetzliche Aufgaben. Die wichtigsten:
  1) Sozial- und Gesundheitsfürsorge,
  2) Bildung und Kultur,
  3) Umwelt und technische Infrastruktur.
- Das gesamte Personal der Gemeinden ist ca. 424 000 und das Budget ca. 46 Milliarden €



Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in 2013

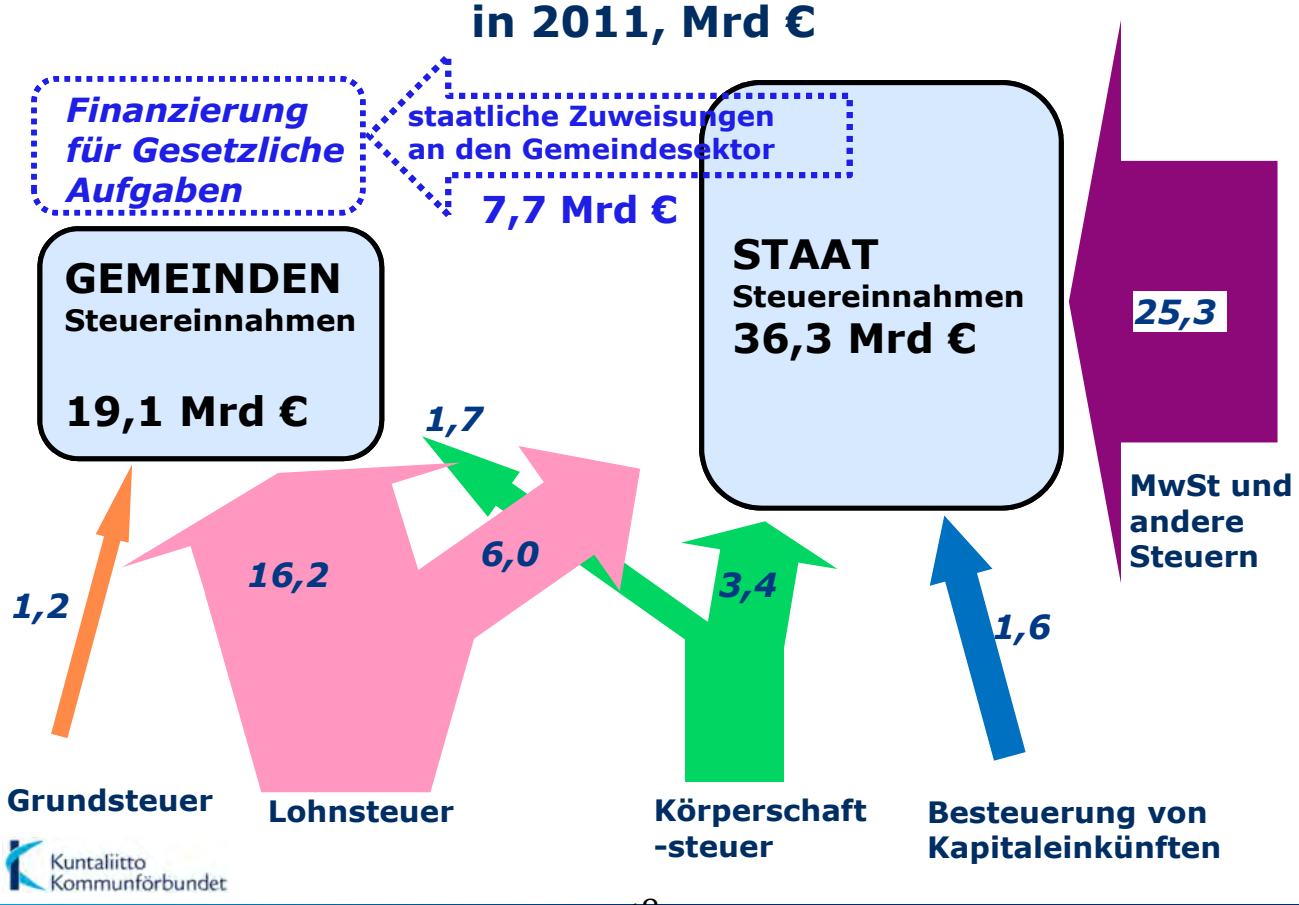


Geschätzte Einnahmen ca. 45,7 Mrd. € und Ausgaben ca. 45,8 Mrd. €

Kuntaliitto Kommunförbundet

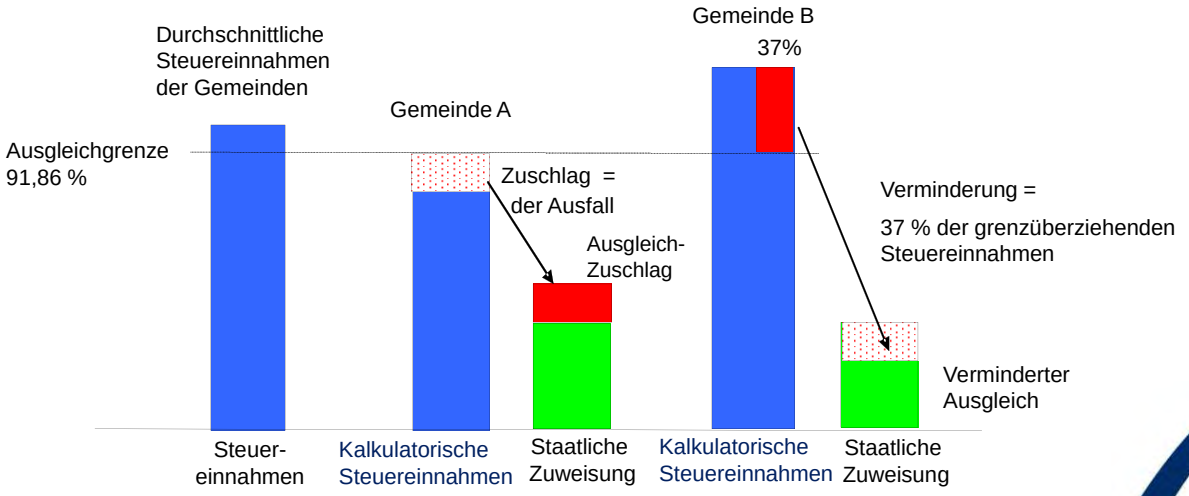
Lähde: Peruspalveluohjelma/Kuntaliitto

Steuerfinanzierung des Staates und der Gemeinden in 2011, Mrd €



Kuntaliitto Kommunförbundet

Ausgleich der staatlichen Zuweisungen an den Gemeindesektor



Ausgleich der Staatlichen Zuweisungen nach Steuereinnahmen in 2012, €/Einwohner

Grösste Ausgleichsverminderung pro Einwohner:
- 1 238 €/Einw. (Kauniainen)

Grösste Ausgleichzuschlag pro Einwohner:
1 146 €/Einw. (Merijärvi)

Grösste absolutische Verminderung:
- 258,8 Milj. € (Helsinki)

Grösste absolute Zuschlag:
18,5 milj. € (Joensuu)

Ausgleichsverminderung > 100 €/Einw. 32 Gemeinden

Ausgleichsverminderung < 100 €/Einw. 31 Gemeinden

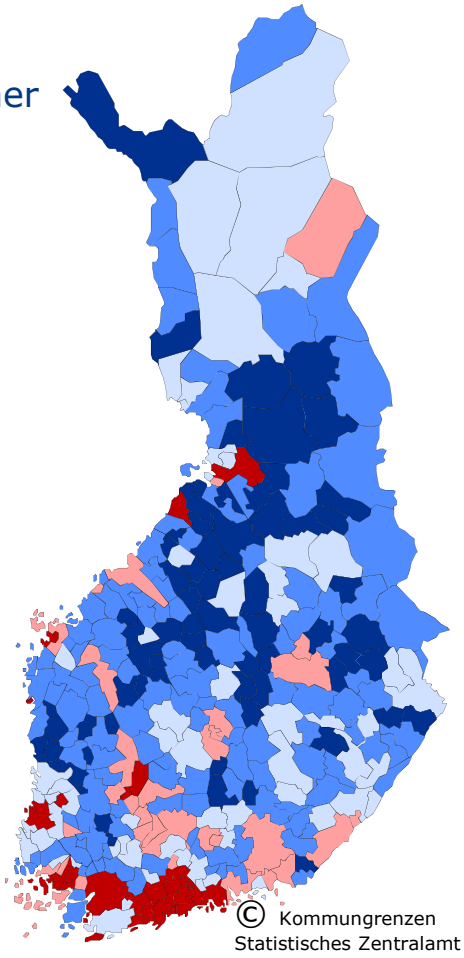
Insg. 63 Gemeinden

Ausgleichzuschlag < 350 €/Einw. 61 Gemeinden

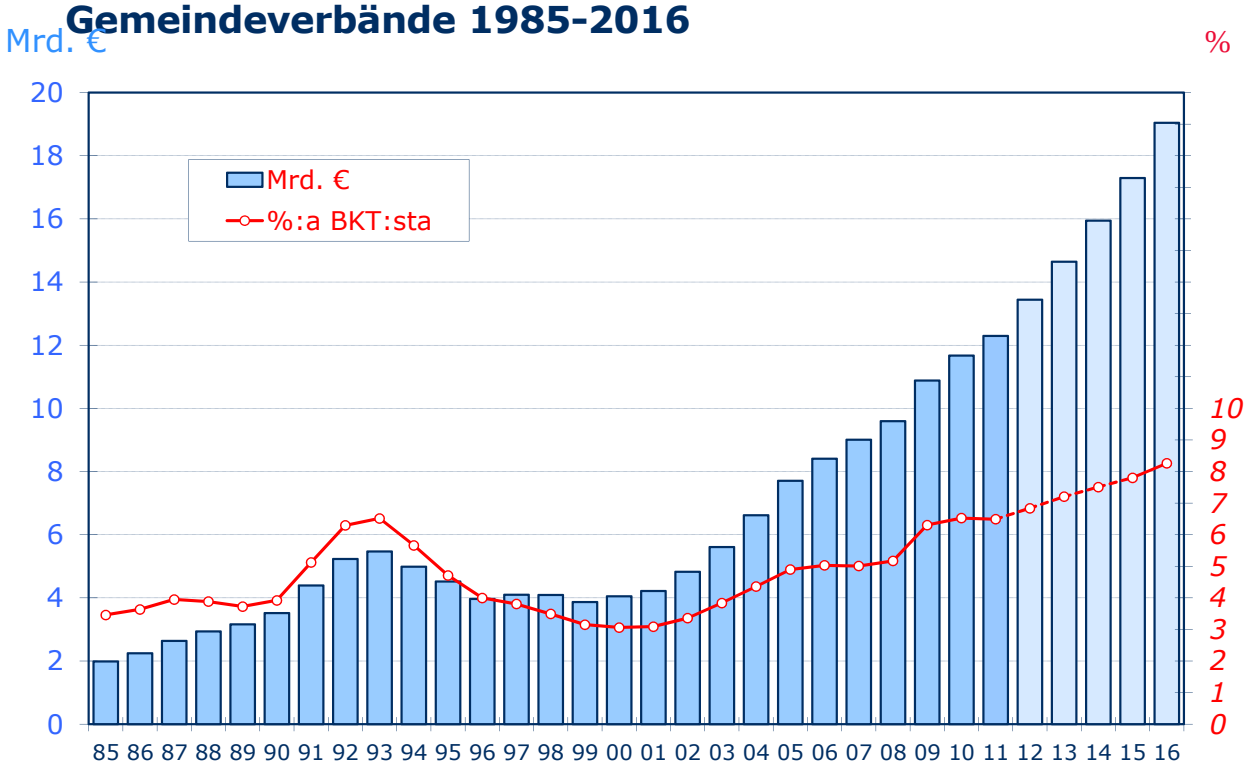
Ausgleichzuschlag 350-700 €/Einw. 128 Gemeinden

Ausgleichzuschlag > 700 €/Einw. 68 Gemeinden

Insg. 257 Gemeinden



Die Kreditbasis der Gemeinden und der Gemeindeverbände 1985-2016



Quelle: Jahre 1985-2011 Statistisches Zentralamt
Schätzungen für Jahre 2012-16 Basisdienstbudget 17.9.2012

Die finnische Gemeindestrukturreform

Gründe:

- Schlechte Finanzlage der Gemeinden
- Alternde Bevölkerung
- Migration vom Land in Städte

Ziele:

- Bessere Produktivität der Gemeinden
- Ausgleich der Unterschiede zwischen den Gemeinden
- Klarere Organisierung und Verantwortungen der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen

Prämissen:

- Starke und lebenskräftige Grundgemeinden
- Keine neuen Verwaltungsebenen
- Die Entscheidungsbefugnis bleibt letztlich bei den Gemeinden

Kriterien für die Evaluierung der Zusammenschliessungen der Gemeinden:

- Bevölkerungsbasis (min. 20 000) und Pendleranteil im regionalen Arbeitsmarkt (80 %)
- Gemeindeplanung (u.a. ein klares Zentrum)
- Gemeindefinanzen (u.a. Defizit und Schuldensituation der Gemeinden)

Die finnische Gemeindestrukturreform

Herausforderungen:

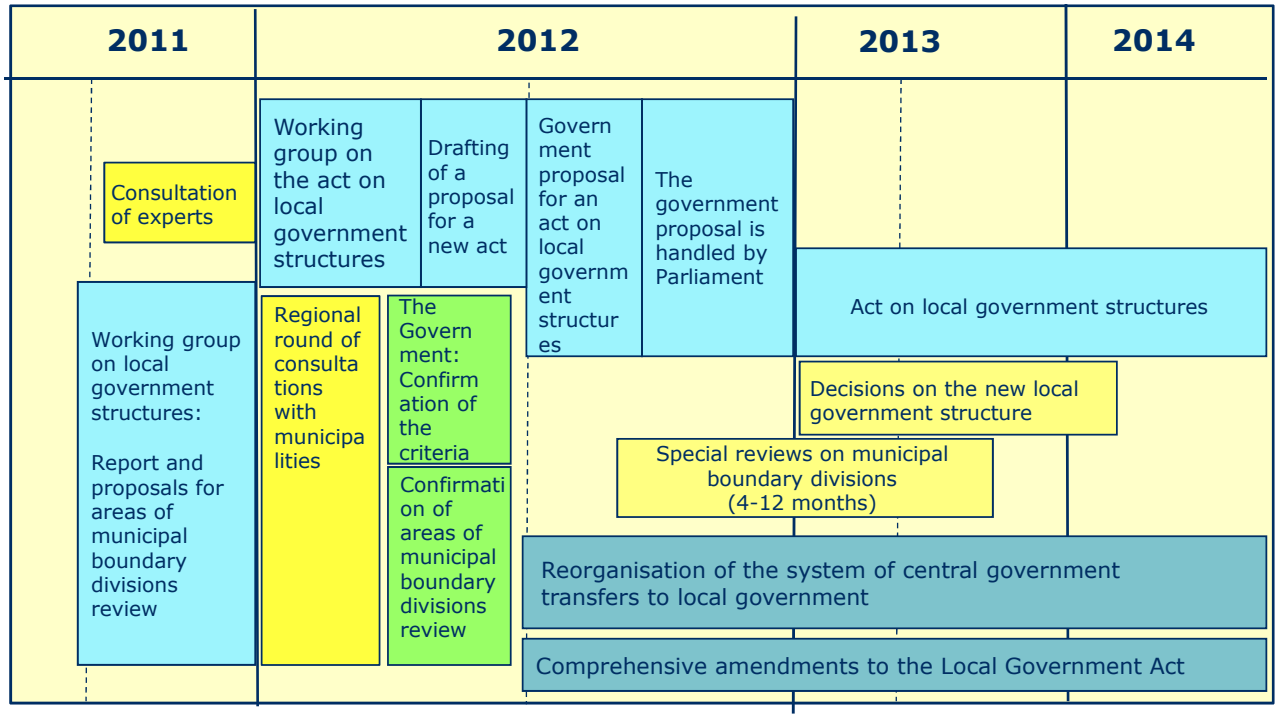
- Die Organisierung der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen kann nicht einmal in starken Grundgemeinden selbstständig realisiert werden, besonders die Spezialkrankenpflege ist problematisch. Heute haben 140 Zusammenarbeitsgebiete Verantwortung für die Organisierung, 20-30 Gebiete sind vorgeschlagen worden
- Die Hauptstadtregion braucht eine eigene Metropollösung
- Besonders dünn besiedelte Gebiete und Schärengebiete
- Schwedischsprachige Gemeinden
- Das Gemeindegesetz und das System der Staatlichen Zuweisungen werden gleichzeitig reformiert → Zusammenpassung der Zeitpläne eine Herausforderung
- Situation des Personales (heute 5 Jahre Arbeitsplatzschutz)

Stellungnahmen der Gemeinden und BrürgerInnen:

- Der Hauptanteil ist für freiwillige Zusammenschliessungen
- Besonders grosse und mittelgrosse Städte stützen die Reform
- Kleine Gemeinden fürchten, dass sie ihre Dienstleistungen und Einflussmöglichkeiten verlieren
- Die wohlhabenden Gemeinden um grössere Städte wollen selbständig bleiben
- In der Praxis sind alle gegen Zwangzusammenschliessungen

Kuntaliitto Kommunförbundet | | |

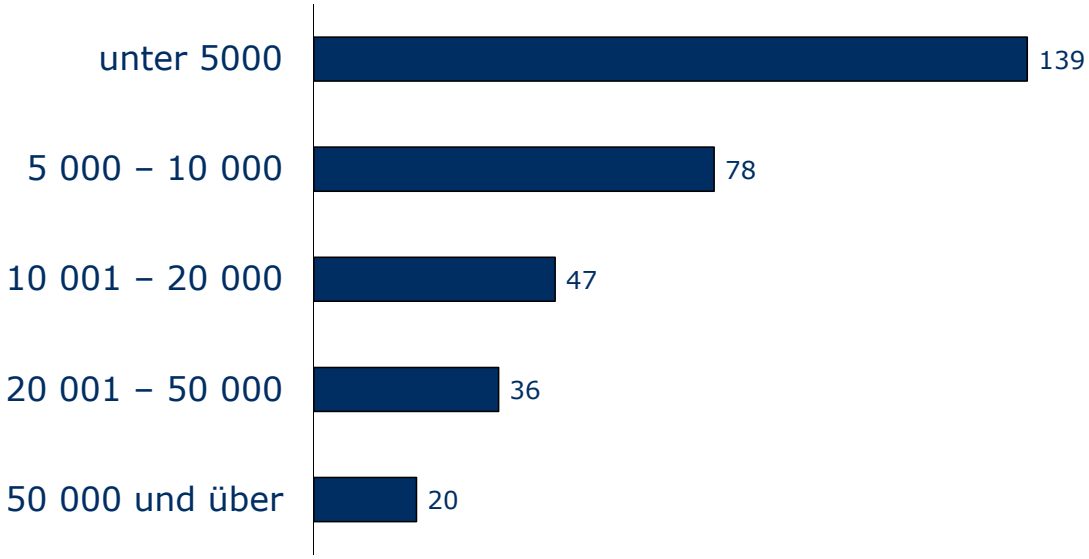
Zeitplan der Gemeindestrukturreform



Kuntaliitto Kommunförbundet

Zahl der Gemeinden nach Einwohnerzahl

Einwohner 1.1.2013

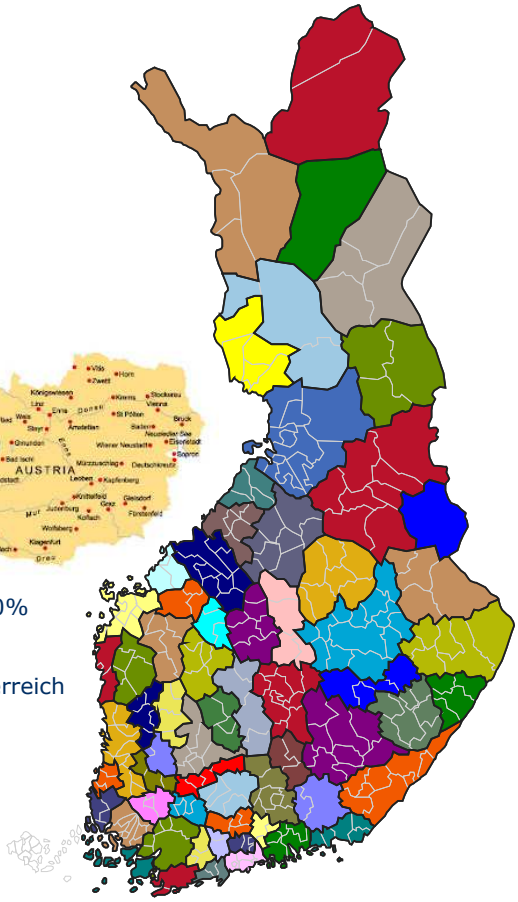


Ein Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Gemeindestruktur in 2015

Nach der Vorschlag der Arbeitsgruppe werden es **66 Gemeinden** im Finnischen Festland bis 2015 sein.

Im Jahre 2012 waren es 320 Gemeinden.

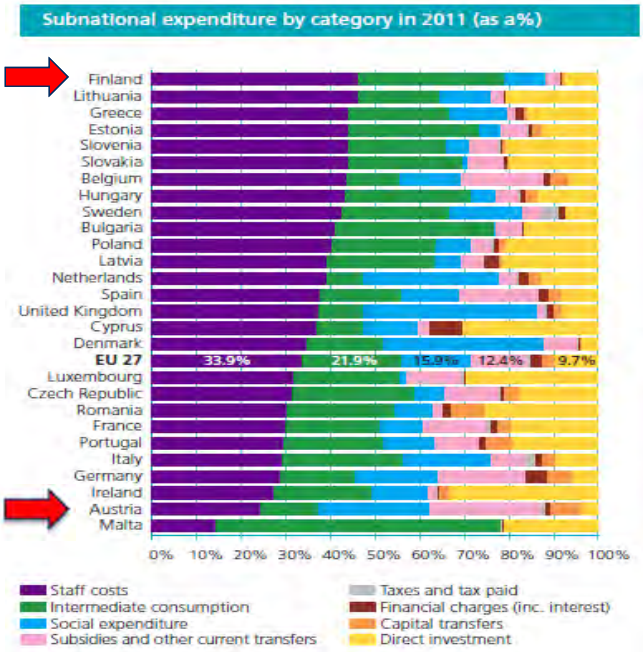
Zu bemerken: Die Arbeitsgruppe schlug mehrere Zusammenschliessungsalternativen für einige Gemeinden; diese Landkarte zeigt nur eine Alternative für einzelne Gemeinden.

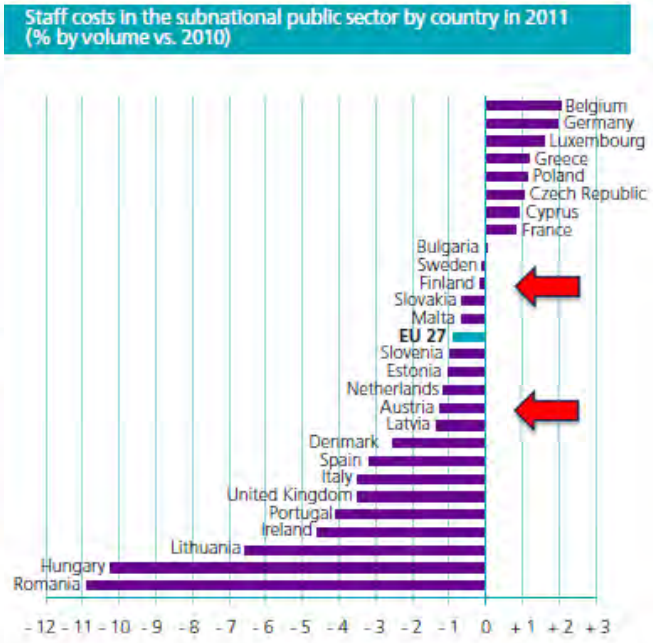


Finnlands Flächenraum = 400% x Österreich

Bewohnerzahl = 65 % x Österreich

Personalkosten der lokalen und regionalen Akteuren in den EU-Ländern in 2011





1 % in Personalkosten bedeutet 200 Millionen Euro für die Gemeinden in Finland!

Quelle: CEMR + Dexia report, Juli 2012

Kuntaliitto
Kommunförbundet

Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

www.kunnat.net/bryssel
henrik.rainio@aflra.fi

Kuntaliitto
Kommunförbundet

Interkommunale Raumentwicklung

Dipl.-Ing. Andreas Mandlbauer

Direktion für Landesplanung, Land Oberösterreich

INTERKOMMUNALE RAUMENTWICKLUNG

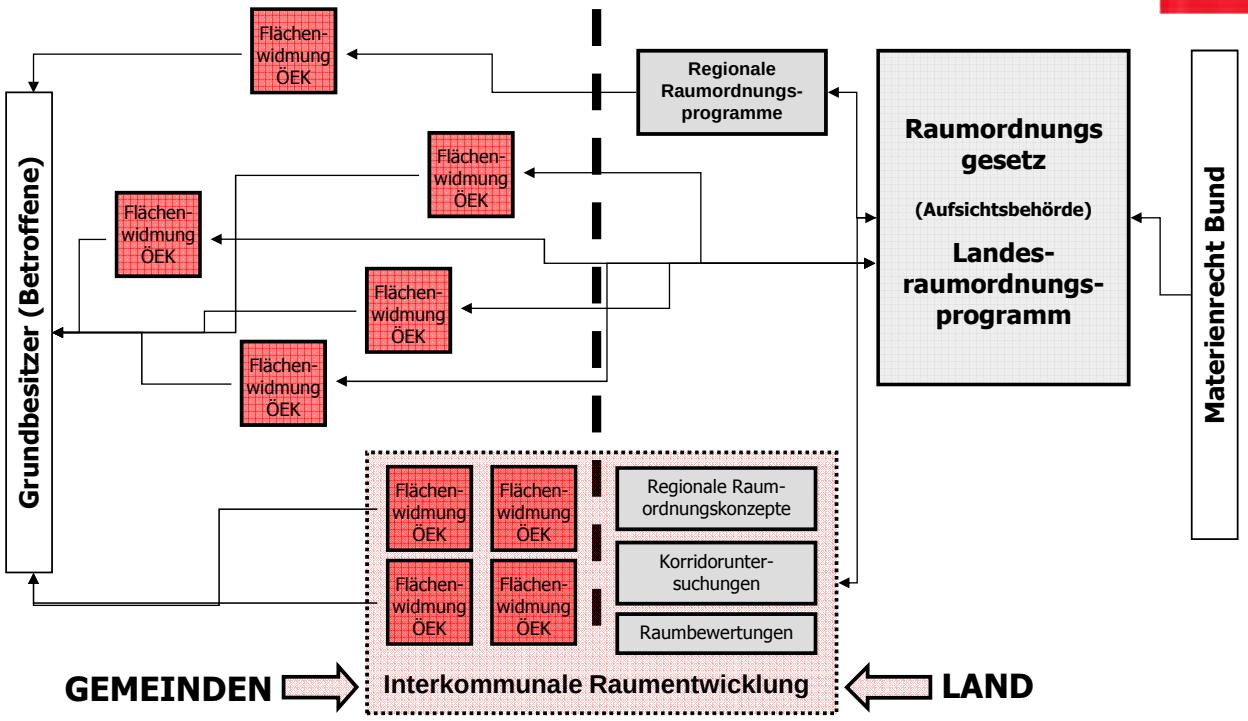
„Neue Räume - neue Chancen"

Kooperative Steuerung der Raumentwicklung zur optimierten Nutzung von regionalen Entwicklungschancen

63. Österreichischer Städtetag
Arbeitskreis „Steuerung und Finanzierung lokaler und regionaler Aufgaben der Städte und Gemeinden"
6. Juni 2013, Messezentrum Wels
Dipl.- Ing. Andreas Mandlbauer, Abteilung Raumordnung

Raumplanung in Oberösterreich

Ausgangslage/Herausforderung



Zielsetzungen des Landes

„Interkommunale Raumentwicklung"

LAND OBERÖSTERREICH

Interkommunale Raumentwicklung in jenen Regionen in Gang bringen, wo ein <u>erhöhter Planungsdruck</u> besteht (Verdichtungsräume, Infrastrukturachsen)

Unter dem Motto „Neue Räume - Neue Chancen" sollen die durch Infrastrukturausbau neu geschaffenen Möglichkeiten der Standortentwicklung für Betriebe, Wohnen, etc. möglichst vielen Gemeinden in Oberösterreich zugute kommen. Eine interkommunal abgestimmte Raumentwicklung ist dafür eine Grundvoraussetzung.

<u>Impulse für raumverträgliche, aktive Standortentwicklung</u> setzen

Standortentwicklung benötigt mehr als Raumordnungspläne (gemeinsame Aktionsprogramme, ...). Gemeinsames raumordnungspolitisches Handeln vergrößert den Entscheidungsspielraum und ermöglicht einen zielgerichteten Finanzmitteleinsatz auf Gemeinde- und Landesebene.

<u>Beschluss von interkommunalen Umsetzungsvereinbarungen</u> zur gemeinsamen Raumentwicklung herbeiführen

Raumplanung und Standortentwicklung benötigt auch Planungssicherheit. Unverbindliche Planungen sind dafür nicht ausreichend. Interkommunale Vereinbarungen zur kooperativen Raumentwicklung oder Planungszweckverbände sollen initiiert werden.

Interkommunale Raumentwicklung

Das Land Oberösterreich unterstützt Gemeinden durch ...

LAND OBERÖSTERREICH

<u>Förderaktion „Interkommunale Raumentwicklung"- EU-Programm (REGIO 13)</u>

Thematischer Fokus:	Nachhaltige Standort- und Regionalentwicklung (Aktionsfeld 2.1)
Regionsgröße:	mindestens 4 aneinandergrenzende Gemeinden oder mindestens 3 aneinandergrenzende Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner
Fördergegenstand:	v. a. Planungsleistungen
Förderhöhe:	max. 100.000 Euro Gesamtkosten pro Region (max. 75 % Kofinanzierung EU/Land)
Förderempfänger:	Gemeinden, Regionalvereine, Regionalforen, Gebietskörperschaften, ...

<u>Professionelle Prozessbegleitung</u>

Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.
Land Oberösterreich (Abteilung Raumordnung)

<u>Vernetzung mit Planungsprozessen auf Landesebene</u>

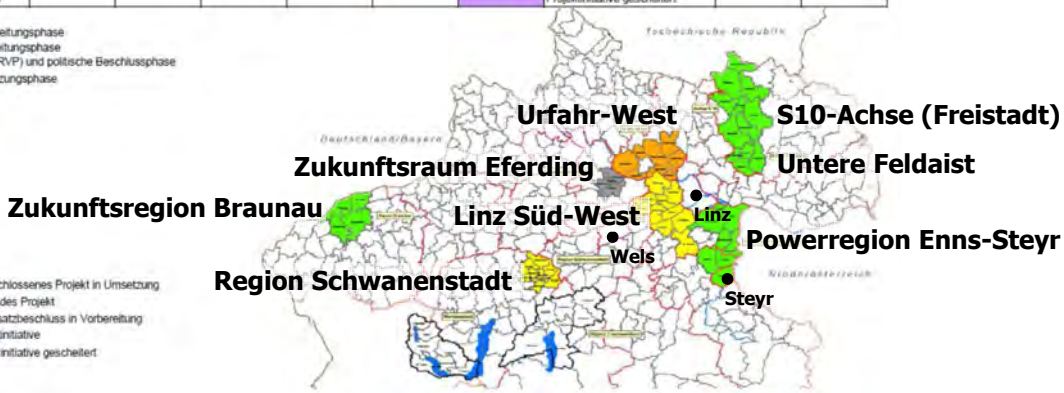
Aufsichtsbehörde (Örtliche Raumordnung)
Gesamtverkehrsplanung (Straßenbau, Öffentlicher Verkehr)
Oö. TMG (betriebliche Standortentwicklung, INKOBA-Prozesse)
u.v.m.

Projektinitiativen Interkommunale Raumentwicklung

(Stand: April 2013)

	Gemeinden	2010	2010	2011	2011	2012	2012	2013	2013	2014	2014
Zukunftsraum Eferding	4	Beschluss					Evaluierungsgespräche inkl. Planungszweckverband				
Powerregion Enns- Steyr	8					inkl. Planungszweckverband		RVP			
S10-Achse	8				inkl. Einzelhandelskonzept Freistadt-Umgebung			RVP			
Untere Feldaist	4								RVP		
Region Schwanenstadt	9									RVP	
Raum Braunau	4									RVP	
Linz-Südwest	10									RVP	
Urfahr-West	8										
Mondseeland	8						Projektinitiative gescheitert				
Traunsee-Nord	8							Projektinitiative gescheitert			

Vorbereitungsphase
Bearbeitungsphase
Prüf- (RVP) und politische Beschlussphase
Umsetzungsphase



Abgeschlossenes Projekt in Umsetzung
Laufendes Projekt
Grundsatzbeschluss in Vorbereitung
Projektinitiative
Projektinitiative gescheitert

Idealtypischer Planungsprozess/1

Interkommunale Raumentwicklung

Ideenfindung Initiative

Kooperationsabsicht für einen bestimmten Standortraum
- Handlungsbedarf Entwicklung / Ordnung
- Ausbau gemeinsamer Stärken
- Gemeinsames Leitthema

Gemeinde

Clearing Vorbereitung

Einvernehmen herbeiführen zu:
- Teilnehmende Gemeinden, Abgrenzung des Kooperationsraumes,
- Einrichtung interkommunale Steuerungsgruppe, Vorsitz
- Schwerpunkte der Kooperation
- Modell zur Kostenteilung / Zeitrahmen

Gemeinde

Vorabstimmung mit Land (Überörtliche Raumordnung)
hinsichtlich inhaltlicher Ausrichtung und Fördermöglichkeiten

Gemeinde

Grundsatz-beschluss

Grundsatzvereinbarung „Interkommunale Raumentwicklung"
- Erstellung der Vereinbarung lt. Mustervorlage
- Information / Grundsatzbeschluss in Gemeinderäten

Gemeinde

Ausschreibung
für die der Erstellung eines interkommunalen Raumentwicklungskonzeptes
(inkl. Prozessbegleitung)

Gemeinde

Förderansuchen der Gemeinden
Genehmigung durch Land

Gemeinde

Beauftragung des interkommunalen Raumentwicklungskonzeptes

Gemeinde

Idealtypischer Planungsprozess/2

Interkommunale Raumentwicklung

Ausarbeitung Arbeitsprozess

Erarbeitung des interkommunalen Raumentwicklungskonzeptes
mit Analyse, Planungs- und Umsetzungsinstrumenten

Begleitender Prozess mit:
- Steuerungsgruppensitzungen
- Gemeinde-/Expertengesprächen
- Workshops nach Themenschwerpunkten
- Stellungnahmeverfahren Gemeinden

und weitere Akteure

Abstimmung mit Landesdienststellen
- Koordinierte Information relevanter Dienststellen
- Einholen von Stellungnahmen durch die Überörtliche Raumordnung
- Einarbeitung der Stellungnahmen durch das Planungsbüro

und weitere Dienststellen

Begleitende Öffentlichkeitsarbeit
- Regionale Ebene und Gemeinden
- Präsentation/Diskussion in interkomm. Gemeinderätekonferenz

Beschlussfassung zu den Ergebnissen

Umsetzungsvereinbarung zur interkommunalen Raumentwicklung mit
- Interkommunalem Raumentwicklungskonzept
- Spielregeln und Abstimmungsprozesse
- Laufzeit und Evaluierung

Beschlussfassung der Vereinbarung in den Gemeinderäten

Öffentliche Präsentation

Realisierung der Einzelprojekte und Maßnahmen

Präzisierung & schrittweise Umsetzung der Projekte laut Umsetzungsvereinbarung und Aktionsprogramm

Projektverantwortliche Konsulenten

Das Pilotprojekt Zukunftsraum Eferding

(2009/2010, gefördert aus Mitteln der EU und des Landes, Programm „REGIO 13")

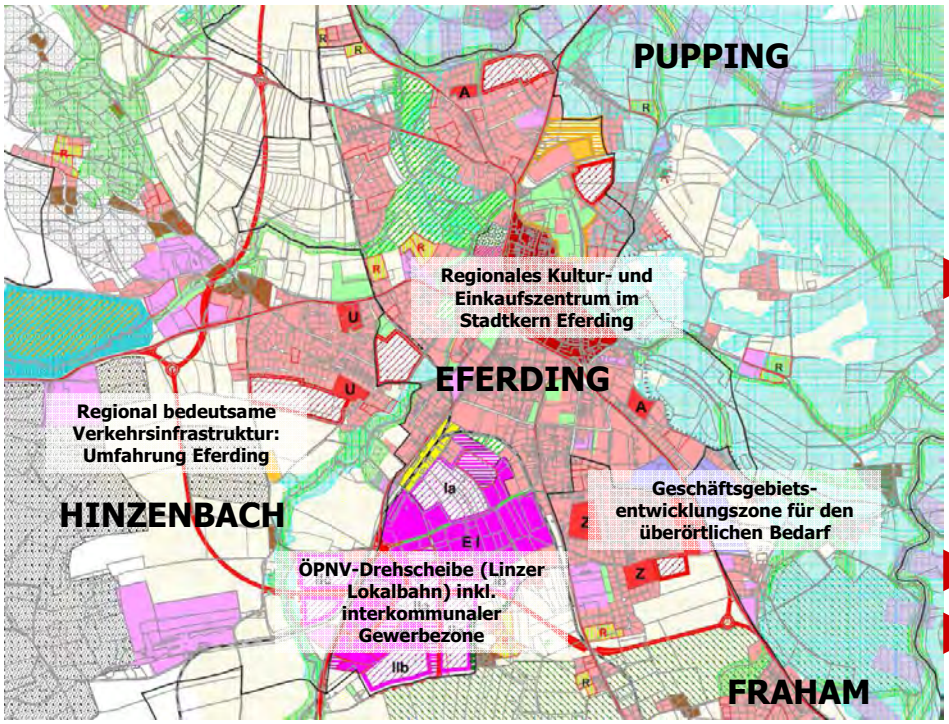


Abbildung: Raumordnungsrahmenplan Zukunftsraum Eferding (Ausschnitt, regionalentwicklung.at, Graz, 2010)

Projektauslöser:

Planung der Umfahrung Eferding und Standortwünsche regionaler Unternehmen führten 2009 zu einer Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit

Projektergebnisse:

Integriertes Standortkonzept

Aktionsprogramm

Raumordnungsrahmenplan

Umsetzungsvereinbarung zur kooperativen Raumentwicklung

Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit

Zukunftsraum Eferding, 2009

LAND OBERÖSTERREICH

Verein „Zukunftsraum Eferding"

Interkommunale Vertragsvereinbarung zur Aufteilung der Einnahmen aus der Kommunalsteuer, die ab 1.1.2009 durch alle neuen Firmengründungen oder Standortverlagerungen innerhalb der Region anfallen.

Aufteilungsschlüssel Kommunalsteuer

49 %	Standortgemeinde
15 %	Gemeinde 2
15 %	Gemeinde 3
15 %	Gemeinde 4
6 %	Eferdinger Zukunftsfonds

Alle Betriebsstandorte werden erfasst

Das Eferdinger Modell umfasst alle betrieblich genutzten Flächen auf dem gesamten Gebiet der vier Gemeinden im Zukunftsraum Eferding, also unabhängig davon, ob es sich um ein neu gewidmetes oder ein bereits bestehendes Betriebsareal bzw. Objekt, gleich, welcher Branche, handelt.

Von links nach rechts: Bgm. Kreinecker (Hinzenbach), Bgm. Stadelmayer (Eferding), GF Patri (Regionalmanagement OÖ GmbH), Bgm. Schlucker (Pupping), Bgm. Hartl (Fraham), Landesrat Sigl

Vereinbarung zur kooperativen Raumentwicklung

Zukunftsraum Eferding, 2010

LAND OBERÖSTERREICH

1. Präambel: Die Kooperationsvereinbarung stellt eine **freiwillige, privatrechtliche Vereinbarung** der vier eigenständigen Gemeinden Eferding, Fraham, Hinzenbach und Pupping **auf Basis von Gemeinderatsbeschlüssen** dar.

2. Prinzipien der Kooperation: Nachhaltigkeit, ressourcenschonende Raumentwicklung, Sparsamkeit und Effizienz bei der Raumentwicklung, Stärkung von Eferding als regionaler Einkaufsstandort und Dienstleistungszentrum, Stärkung der Nahversorgung in den lokalen Zentren, ...

3. Angestrebtes Entwicklungsszenario: Positionierung als „Gemüse-Kompetenzregion" und Weiterentwicklung des Zukunftsraumes als „attraktive Stadtregion am Land", **Raumordnungsrahmenplan (M 1:10.000)**

4. Spielregeln der räumlichen Kooperation: Für folgende Planungsvorhaben ist das **Einvernehmen mit den Partnergemeinden** herbeizuführen:

a.) Planungen an den gemeinsamen Gemeindegrenzen
b.) Standorte für Einzelhandelsaktivitäten
c.) größere neue Gewerbegebiete ab 2 ha
d.) Standorte für das angestrebte Gemüsekompetenzzentrum
e.) überörtlich bedeutsame Erholungs-, Freizeit- u. Infrastruktureinrichtungen
f.) Vorhaben, die intensive Emissionen erwarten lassen
g.) Planungsabsichten > 1 ha an der neuen Umfahrungsstraße bzw. deren Knoten
h.) Verkehrsplanungen/Infrastrukturmaßnahmen mit Gemeinde grenzübergreifender Wirkung

5. Abstimmungsprozesse: Gemeinsame Raumplanung durch gemeinsamen Raumplaner und zeitliche Harmonisierung, **Teilregionaler Planungsausschuss (mindestens einmal jährlich),** Geschäftsordnung

6. Laufzeit: auf unbestimmte Zeit abgeschlossen

7. Evaluierung: im Abstand von drei Jahren (durch externe EvaluatorInnen)

Erfolgreiches Handeln

Bisherige Erfahrungen aus den Projekten zur interkommunalen Raumentwicklung

Mehr Transparenz und Offenheit im Planungsdialog

Durch das Wissen über Planungsüberlegungen bzw. -festlegungen der Nachbargemeinden wurden einerseits neue Entwicklungspotenziale sichtbar, andererseits wurden eingefahrene Planungsansätze einer Neubewertung unterzogen. In regionalen Gemeinderäte/-innen-Konferenzen werden offen Planungsfragen der Zukunft diskutiert und einer späteren Beschlussfassung zugeführt. Zudem wird mit dem Land frühzeitig eine Abstimmung der langfristigen räumlichen Entwicklungsüberlegungen erreicht (Überörtliche Raumverträglichkeitsprüfung).

Gemeinden und Land steuern gemeinsam die Raumentwicklung

Ein vorrangig auf die aufsichtsbehördliche Genehmigungspraxis in Einzelverfahren ausgerichtetes Raumplanungssystem bietet zu wenig Gestaltungsspielraum für eine gemeindeübergreifende räumliche Zukunftsplanung. Die Stärken aller zur Verfügung stehenden Raumordnungsinstrumente sollten daher genutzt werden, um die räumliche Zukunft zu gestalten. Unter Beibehaltung der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen führt dies jedoch zu einem erhöhten Abstimmungsbedarf zwischen den Planungsebenen.

Planungszweckverbände zur Bewältigung komplexer Planungsaufgaben (?!)

Durch eine gemeinsam (interkommunal) getragene Raumentwicklungsstrategie entstehen Planungssicherheit und der (finanzielle) Mut gemeinsam neue räumliche Wachstumsimpulse in der Region zu setzen, die auch finanziell langfristig tragbar sind. Als rechtliche Basis könnten künftig verstärkt Planungszweckverbände angedacht werden, die mehrere interkommunale Planungsaufgaben übernehmen würden (Raumentwicklung, Standortentwicklung, Regionalentwicklung)

Zuversichtlich in die Zukunft gehen

Erste erfolgreiche Schritte zur interkommunalen Raumentwicklung

Wirtschaftsachse S 10 (Bezirk Freistadt)

Powerregion Enns-Steyr

Zukunftsraum Braunau

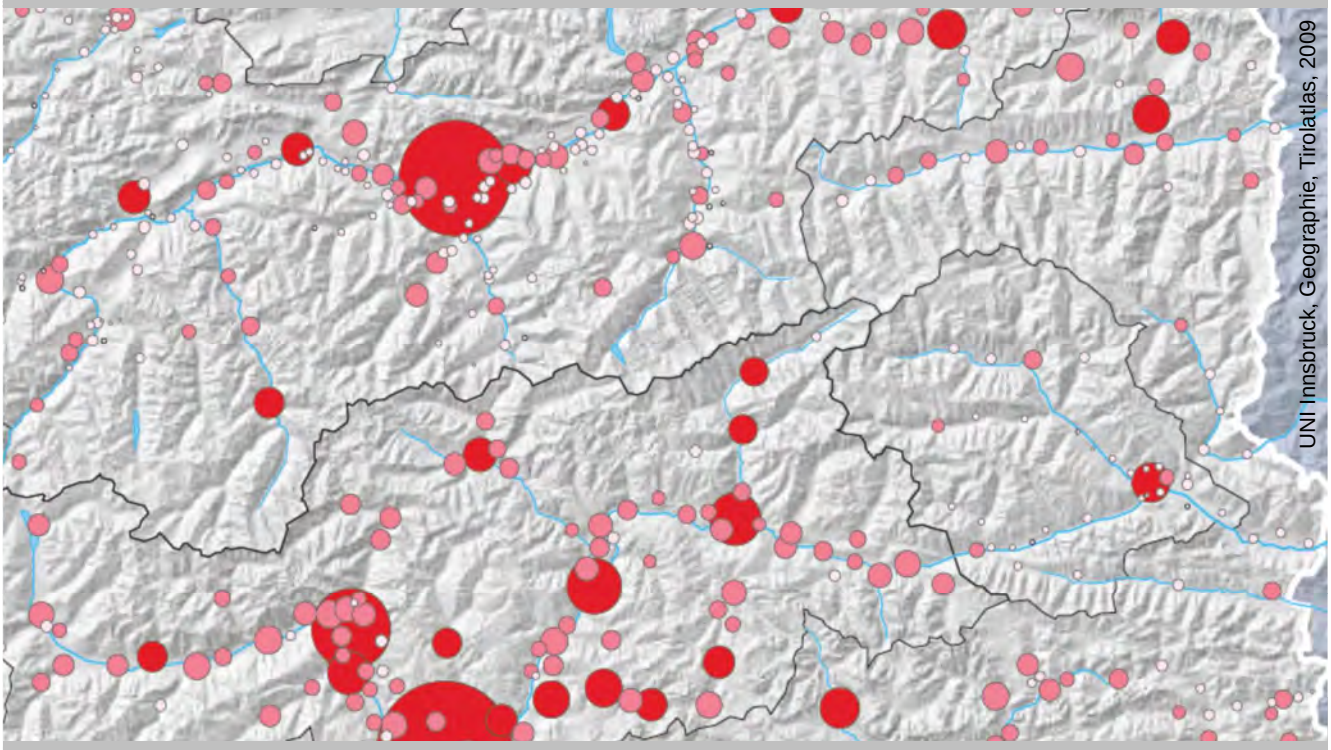
Region Schwanenstadt

Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen

Bgm.in LAbg. DIin Elisabeth Blanik

Lienz

Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen



63. Österreichischer Städtetag LA Bgm. Dipl.-Ing. Elisabeth Blanik

Agenda: Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen

1.1	Intro
1.2	Beobachtung von Modellen und Strategien der Stadt-Umland-Kooperation
	Fallbeispiel Lienz; Empirische Erfahrungen aus Kooperationen und Steuerung der Zusammenarbeit nach dem differenzierten Regions- und Standortmodell.
1.4	Resümee und Ausblick; Auf der Suche nach einer wirkungsvollen Methodologie, Strategien und Instrumenten zur Steuerung kommunaler Aufgaben in Stadtregionen (Integrierte Stadtregions- & Standortentwicklung).
1.5	Diskussion

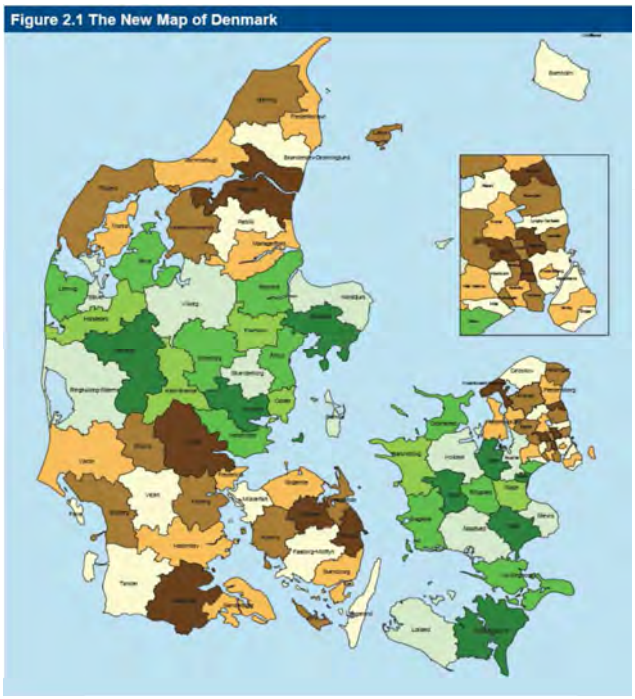
Hypothese: „We have to compete and to cooperate at the same time“

Wandel im Wettbewerbs- und Kooperationsumfeld der Standorte

Quelle: EU Amt für Veröffentlichungen, 2006

- AUT; 77 Städte > 10.000 Einwohner
- EU[27] ; **6000 Städte**, davon 5000 Städte (von 5.000 bis 50.000 EW)
- Spannungsfeld ökonomischer, sozialer, kultureller und ökologischer Interessen, Ergebnis **immanenter Anpassungsdruck**.
- Wettbewerbsfähigkeit: **Strategie Europa 2020**, intelligentes, nachhaltiges und innovatives Wachstum
- **Kooperation**: Stadtregionen, strategische Allianzen, Netzwerke, Stadt-Umland-Kooperationen: Instrumentarien im **Wettbewerb um die Zukunftsfähigkeit** von Städten und deren Verflechtungsräume

Wettbewerbsfähigkeit: Gebietsreform, eine neue Landkarte für Dänemark 2007



- Zielsetzung:
  Bedeutung dänischer Kommunen als **konkurrenz-fähige Investitionsstandorte** innerhalb der Europäischen Union zu stärken (Effizienz und Effektivität - Wettbewerbsfähigkeit)
- Zahl der Gemeinden von 271 auf 98 reduziert
- Höhere Verwaltungsebene von 14 Kreisen in 5 Regionen zusammengefasst
- Angestrebte Mindestgröße der Gemeinden 30.000 Einwohner

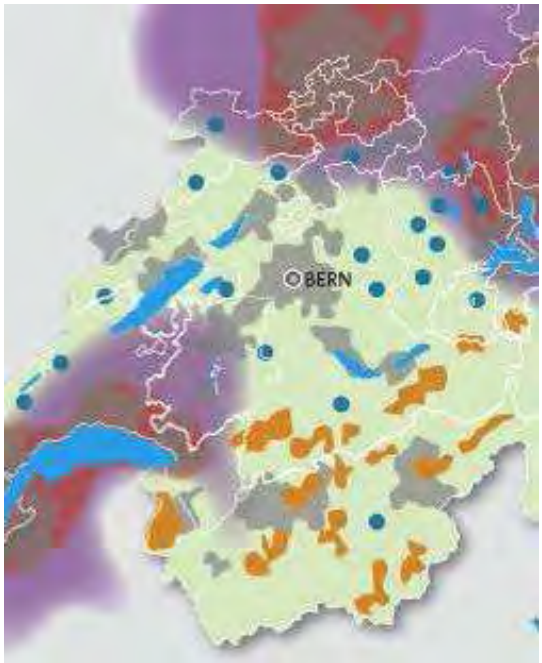
Quelle: Ministry of the Interior and Helath, Copenhagen, 2005

Kooperation: Makroregion „Öresund Region“ Dänemark & Schweden

- **Zielsetzung**: Groß genug zu sein, um eine bedeutende Europäische Region „Makroregion“zu sein
- Zielsetzung: Gemeinsam den Standort (Region) Öresund zu entwickeln
- Gemeinsamer Arbeits-, Wirtschafts- und Wohnungsmarkt
- 3.6 Millionen Einwohner
- 12 Universitäten = The Öresund University

Quelle: SKANE, Öresunddevelopment, 2007

Erfolgreiche Agglomerationspolitik in der Schweiz



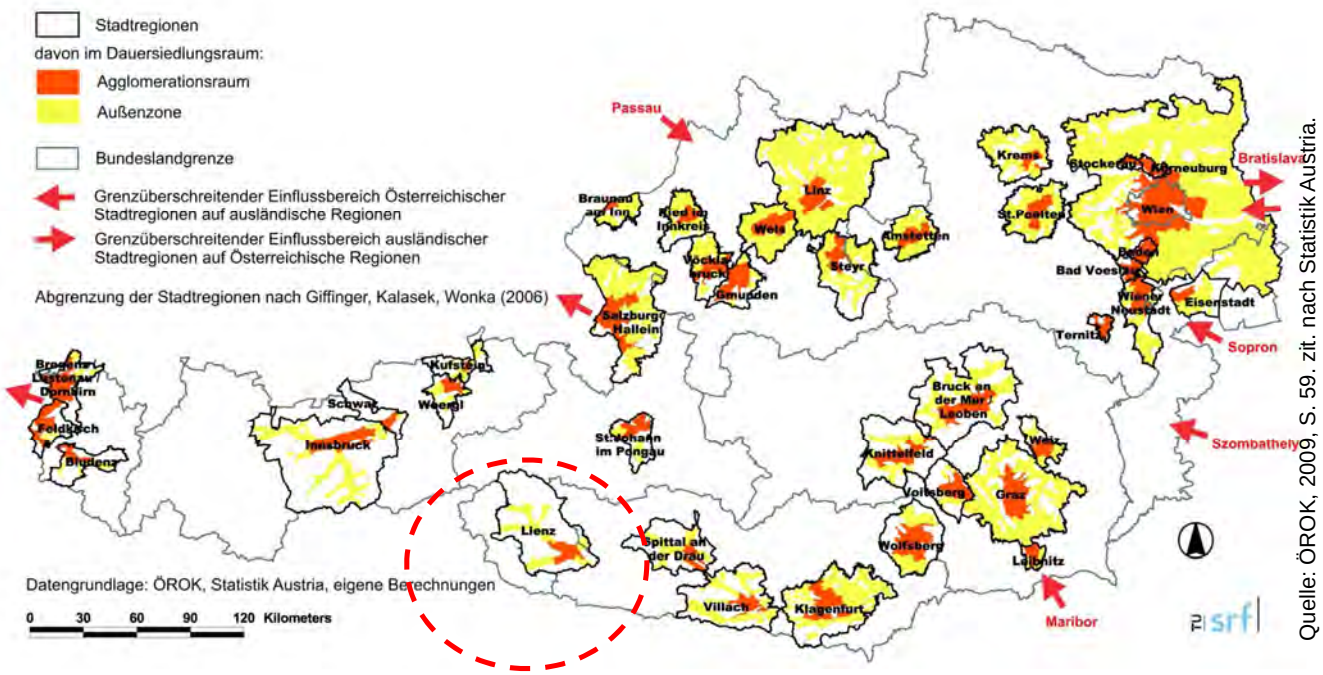
- **Seit 2001 Agglomerationspolitik** gemeinsam mit Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden
- Derzeit **42 Agglomerationen**
- Zielsetzung: Sicherung der wirtschaftlichen Attraktivität und der Lebensqualität
- Erhalt des **polyzentrischen Städtesystems**
- Einbindung der Schweizer Städte und Agglomerationen ins Europäische Städtenetz
- Sensibilisierung der Bevölkerung und Politik für die urbane Realität

Quelle: Forum Public Management, KDZ, 3/2012

Agenda: Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen

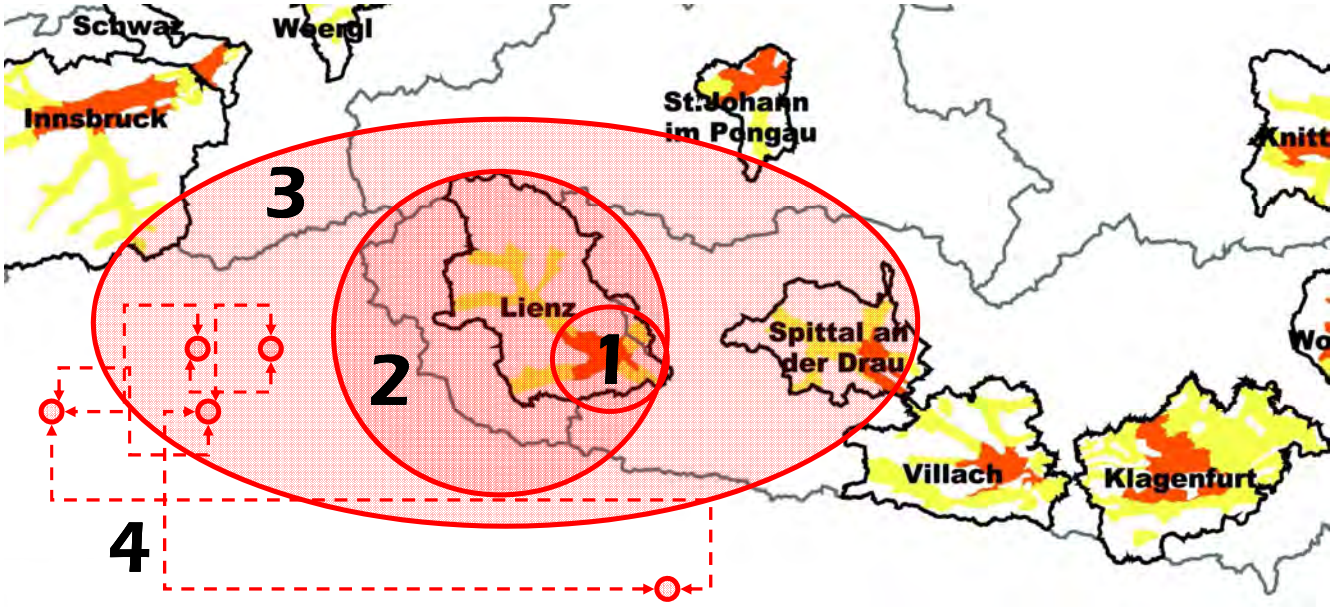
1.1	Intro
1.2	Beobachtung von Modellen und Strategien der Stadt-Umland-Kooperation
	Fallbeispiel Lienz; Empirische Erfahrungen aus Kooperationen und Steuerung der Zusammenarbeit nach dem differenzierten Regions- und Standortmodell.
1.4	Resümee und Ausblick; Auf der Suche nach einer wirkungsvollen Methodologie, Strategien und Instrumenten zur Steuerung kommunaler Aufgaben in Stadtregionen (Integrierte Stadtregions- & Standortentwicklung).
1.5	Diskussion

Stadtregionen: 34 Agglomerationsräume, Impulsgeber für Außenzonen



Quelle: ÖROK, 2009, S. 59. zit. nach Statistik Austria.

Gliederung: Differenzierung in vier Kooperationsebenen (Dimensionen)



Quelle: ÖROK, 2009, S. 59, zit. nach Statistik Austria.

Kooperationsebenen: Beteiligte Akteure, Aufgaben, Institutionalisierung

1	**Stadtregion** PV 36	**Territorialräumliche Zusammenarbeit, 15 Gemeinden** Lienzer Talboden, 25.000 EW, Raumordnung, Entwicklung, komm. Infrastrukturen, Steuerung durch einen Planungsverband (Körperschaft öffentlichen Rechtes, TROG, TGO).
2	Politischer **Bezirk**	**Zusammenarbeit als politischer Bezirk, 33 Gemeinden,** EU-NUTS-Ebene, territoriale Agglomeration, 50.000 EW, Daseinsvorsorge, BKH, BAH, AWV, WV, Steuerung durch Gemeindeverbände (Körperschaft öffentlichen Rechtes, TGO).
3	**Standort** Kooperation	**Funktionalräumliche Zusammenarbeit nach der Standorttheorie,** Städte und Gemeinden im Südtiroler Pustertal, Oberkärnten, 200.000 EW – Agglomerationsraum (EU-Programme, Interreg, etc).
4	**Städte Netzwerk**	**Themenorientierte Zusammenarbeit** mit Städten in den Bereichen, Wirtschaft, Tourismus, etc. nach dem Ansatz von strategischen Partnerschaften, Netzwerken, Allianzen (EU-Programm Städtenetzwerke).

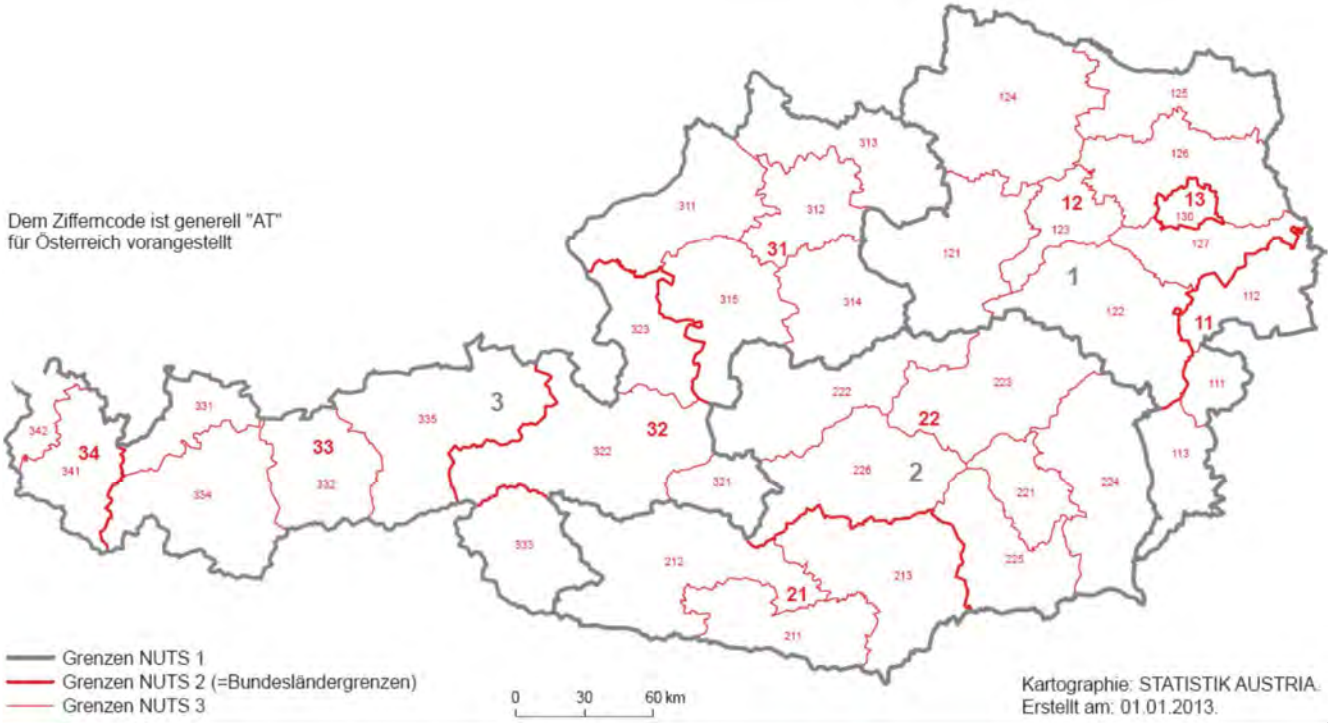
SONNENSTADT LIENZ

1. Stadtregionsraum: 15 Gemeinden, Meso-Ebene der Zusammenarbeit

SONNENSTADT LIENZ

2. Politischer Bezirk, EU NUTS-3-Region

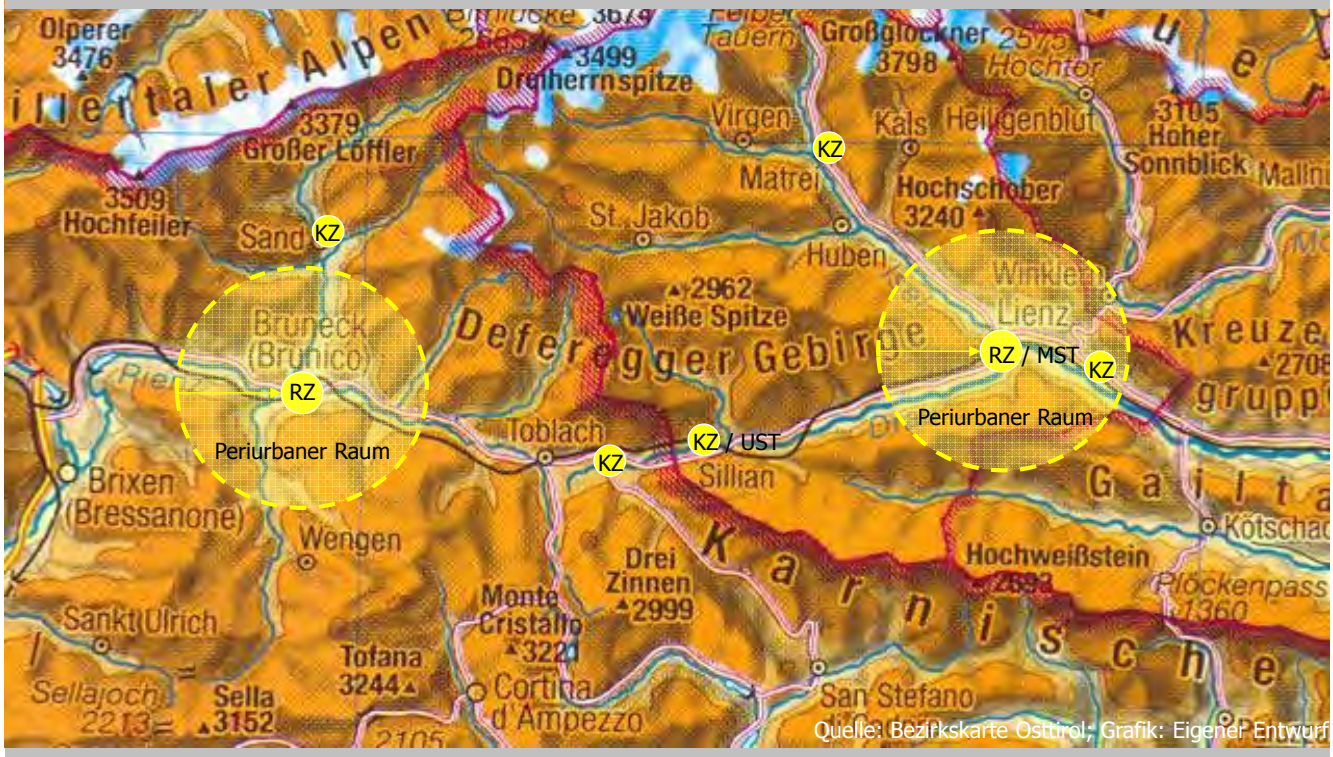
Mehrzweckverband



SONNENSTADT LIENZ

LA Bgm. Dipl.-Ing Elisabeth Blanik © 2013

3. Standort: Funktionalräumliche Zusammenarbeit - Makroebene

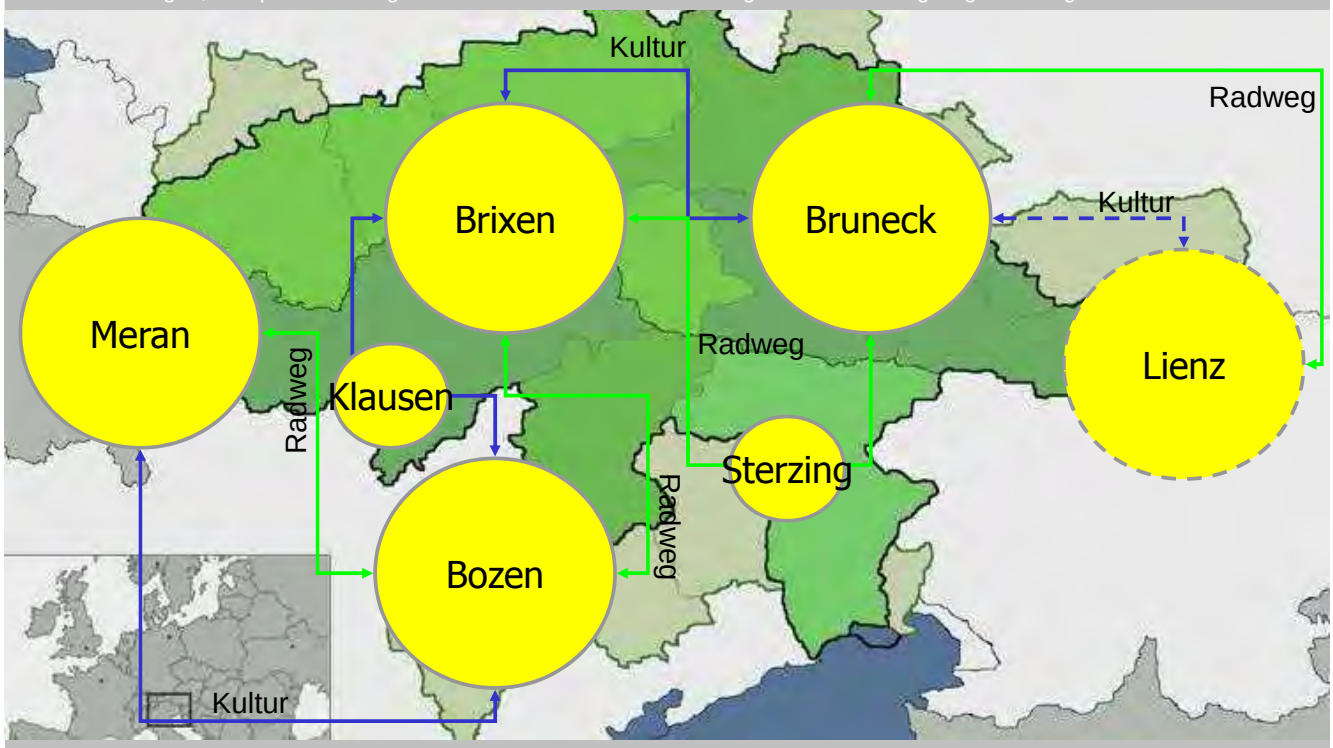


SONNENSTADT LIENZ

LA Bgm. Dipl.-Ing Elisabeth Blanik © 2013

4. Thematische Kooperationen, Netzwerke

EU-Interreg IV, Europäisches Programm für Zusammenarbeit und integrierte Entwicklung im grenzübergreifenden Raum



Agenda: Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen

1.1	Intro
1.2	Beobachtung von Modellen und Strategien der Stadt-Umland-Kooperation
	Fallbeispiel Lienz; Empirische Erfahrungen aus Kooperationen und Steuerung der Zusammenarbeit nach dem differenzierten Regions- und Standortmodell.
1.4	Resümee und Ausblick; Auf der Suche nach einer wirkungsvollen Methodologie, Strategien und Instrumenten zur Steuerung kommunaler Aufgaben in Stadtregionen (Integrierte Stadtregions- & Standortentwicklung).
1.5	Diskussion

Reflexion, Erfahrungen, Probleme:

- **Visionäre Intelligenz:** „Denken in interregionalen Dimensionen“ (Darf man das?).
- **Mühevoll und arbeitsintensiv**: Strategisches Vorgehen versus einzelne operationelle Maßnahmen und Aktivitäten der Zusammenarbeit.
- **Dimension des Vertrauens:** Sowohl von den Kooperationspartnern als auch von den übergeordneten Gebietskörperschaften.
- **Politisch-, administrative Zuständigkeit**: Steuerung der „Stadt-, Regionsaußenpolitik“?
- **Operative Ebene:** Territorialität im Verwaltungshandeln (Stadt Lienz, Abteilung: Standortentwicklung, Wirtschaft und Marketing).
- **Finanzierung:** Freiwillige Interessensbeiträge, EU-Programme, (Bund, Land?.)
- **Chance auf endogene**, relationale Entwicklung (Entscheidungsautonomie)
- **Methodologie** der stadtregionalen und funktionsräumlichen Zusammenarbeit versus top-down verordneter Gebietsreform.
- **Spannungsfeld Identität:** Neue räumliche Identität als Chance

SONNENSTADT LIENZ

LA Bgm. Dipl.-Ing Elisabeth Blanik © 2013

Auflösung Hypothese:
Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit durch differenzierte Kooperation

Foto: Wikimedia, NASA, gemeinfrei

Hauptplatz Lienz · Liebburg
Piazza Principale · Liebburg

SONNENSTADT LIENZ
Modell Schöner Leben

NOTIZEN